

# Gegen den Abriss der ev. Kirche in Alkenrath

**Von Rolf Müller**

Das Alkenrather Protestanten- und Bürgerengagement zeigt deutlich, dass die Kirchen in ihrer Geschichte mehr als nur eine „Kirche“ sind. Kirchtürme und Kirchengebäude, wie im Falle Alkenrath, schaffen Identität. Sie sind ein Teil unserer Heimatgeschichte, ein öffentliches Erbe, für die es eine öffentliche Verantwortung geben muss.

Der neuste Fall der ev. Kirche in Wuppertal-Wichlinghausen macht deutlich, wie es auch anders geht. Wäre der Präses der EKIR Manfred Rekowski Superintendent unserer Kirchengemeinden gewesen und seine „Heimatkirche“ die ev. Kirche in Alkenrath, so blieben die Alkenrather Kirchbauten erhalten. Beweis hierfür ist, dass die „Heimat-Kirche“ von Präses Rekowski in ein „Familien- und Begegnungshaus“ umfunktionierte wurde ([vgl. den Beitrag im "Präsesblog"](#)). Nun ist Superintendent Loerken nicht Präses Rekowski - aber wäre es für den Superintendenten nicht löblich, seinem Chef nachzueifern und seine ihm unterstellte Alkenrather Kirche zu retten?

Das Online-Umfrageergebnis des Kölner Stadt-Anzeigers in seinem Artikel [„Initiative will Kirchbauten retten“](#) vom 13.04.2014 ist eindeutig. Das Ergebnis ist eine Beschreibung des Zustandes, wie die Kirche gegenwärtig empfunden wird. 61 Prozent der abgegebenen Stimmen sind dafür, dass das Alkenrather Gemeindezentrum wieder mit Leben gefüllt werden müsse. Das Schlebuscher Presbyterium sollte sich nun als Mandatsträger mal einige Gedanken darüber machen, wie der Wunsch der Mehrheit der Alkenrather Protestanten nach einer Wiedereröffnung schnellstmöglich umgesetzt werden kann. Hier könnte auch eine kirchenrechtliche Eruierung des Sachverhalts, Schließung eines Gemeindezentrums ohne Zustimmung der protestantischen Basis, zielführend sein. Auch ist der Umstand bedenklich, dass laut Umfrageergebnis des Kölner Stadt-Anzeiger. für 25 Prozent es völlig gleichgültig ist, was die Kirche macht. Hier liegt ein großes Potenzial von Christen brach und zeigt eine marginale „Akquisitionspolitik“ der Gemeindepfarrer in diesem „Marktsegment“, die sich der ev. Kirche abgewandt haben. Nach dem „Glockenfall“ und dem möglichen Abriss des Alkenrather Gemeindezentrums könnten es noch einige mehr werden.

Und die Zeit drängt. Galt die presbyterial-synodale Struktur bisher als ein Garant dafür, dass durch geregelte demokratische Verfahren eine möglichst breite Partizipation aller Kirchenmitglieder an Entscheidungen gewährleistet war (im Falle Alkenrath wurde über die Köpfe der Protestanten hinweg entschieden), so ist die seit dem 1. April d.J. bestehende inhaltliche Erosion des synodalen Leitungsprinzips und der -Struktur der evangelischen Kirchen durch das neue

Verwaltungsstrukturgesetz gegeben. Eine effektive Zielerreichung wird von übergeordneten kirchlichen Leitungsstellen als innerbetriebliche Planungsstäbe vorgegeben. Im Falle Alkenrath kann nun das Schlebuscher Presbyterium, ummantelt von den Pfarrern Plewe und Dreyer und Superintendent Loerken, zeigen, ob sie sich noch den alten wie neuen Zielen der Alkenrather Protestanten verpflichtet fühlen oder sich schon als Angestellte oder freie Mitarbeiter einer dienstleistenden Verwaltungseinheit unter Vernachlässigung ihres protestantischen Auftrages und geistlichen Grundlagen fühlen. Die zentrale Aufgabe der Kirche ist die Verkündigung des Gotteswortes, alles andere hat sich diesem Auftrag unterzuordnen. Die Konzentration von kleinen Kirchengemeinden weg auf vermeintlich pekuniäre vitale Zentren, wie die Waldsiedlung mit der Friedenskirche, das Ausbluten der protestantischen Peripherie wird von der ev. Kirche billigend in Kauf genommen, im Falle Alkenrath gar aktiv gefördert.

Auch wenn die Umfrage des Kölner Stadt-Anzeigers im statistischen Sinne nicht repräsentativ ist, gibt sie doch einen Trend der Menschen wieder, ein klarer Hinweis für den Erhalt der Kirchbauten und für ein Wiederaufleben der Gemeindegemeinschaft. Dem Alkenrather Dietmar Stein ist mit seinem Leserbrief im Kölner Stadt-Anzeiger. „Unerträglich bevormundet“ zuzustimmen. „Alkenrath darf nicht länger zum sozialen Brennpunkt verschärft werden“. Das Presbyterium sollte nun endlich reagieren. Der Reputationsverlust der ev. Kirche in Leverkusen, wie man mit einer kleinen Gemeinde umgeht, ist nicht mehr wegradierbar.